

In dieser Ausgabe: Verbesserungen in der Heil- und Hilfsmittelversorgung | Reformen und ihre Auswirkungen auf Essen
Rote Hände gegen Kindersoldaten | Flurfunk... | Juttas Wochen in Essen

Verbesserungen in der Heil- und Hilfsmittelversorgung

In zweiter und dritter Lesung haben wir Verbesserungen der Heil- und Hilfsmittelversorgung für gesetzlich Krankenversicherte beschlossen.

Hinsichtlich der Hilfsmittelversorgung stärken wir die Beratungs- und Informationsrechte der Versicherten über Leistungsansprüche und Versorgungsmöglichkeiten und bringen eine fortlaufende Aktualisierung des Hilfsmittelkataloges auf den Weg. Damit wird gewährleistet, dass die Liste der Hilfsmittel immer auf den neuesten und modernsten Stand ist.

Wir schaffen mit dem Heil- und Hilfsmittelversorgungsgesetz (HHVG) die Sicherung einer guten Patientenversorgung und stärken zudem gleichzeitig die gute Arbeit der vielen Therapeuten.

Denn im Bereich der Heilmittelversorgung habe ich bereits in der vergangenen Woche ein Fachgespräch mit mehr

als 90 Therapeuten in Essen geführt. Ergebnis der Diskussion war, dass wir mit dem HHVG auf dem richtigen Weg sind. Die dringenden Änderungen in der Frage der Finanzierung und Fachkräftegewinnung werden aber weiter unsere Aufgabe bleiben.

Eines der Kernelemente im neuen HHVG ist die Einführung des Modellvorhabens zur sog. Blankoverordnung. Hier verschreibt nicht mehr der Arzt die Art der Anwendungen etc., sondern der Therapeut erhält die Möglichkeit selbst zu entscheiden, was dem jeweiligen Patienten in seiner konkreten Situation hilft.

Ebenso wichtig ist die Entkopplung von der Grundlohnsumme. Ziel ist eine höhere Bezahlung der Therapeuten und gleichzeitig eine Aufwertung des Berufes. Denn auch bei meinem Fachgespräch in Essen waren wir uns alle einig: THERAPEUTEN VERDIENEN MEHR!



Vorankündigung

17. März 2017 um 17 Uhr
im Café Central International
im Grillo Theater

In Gottes Namen - Radikalisierung im Glauben

Integrationsforscher, Imame und Politiker diskutieren wie Gewalt und Radikalisierung durch Religionen entsteht. Warum sind meist 15- bis 25-Jährige leichter zu einer Radikalisierung verführbar? Was ist der Grund? Und was können wir dagegen tun?

Seien Sie dabei und diskutieren Sie mit.
Anmeldungen erbeten unter
0201/80673868 oder
jutta.eckenbach@bundestag.de.

Sehr geehrte
Damen und Herren,
liebe Freunde,

am vergangenen Wochenende wurde Frank-Walter Steinmeier zum Nachfolger von Joachim Gauck gewählt. Steinmeier wird Bundespräsident in zunehmend schwierigen Zeiten. Es war für mich sehr besonders, Teil dieser Bundesversammlung gewesen zu sein.

Die sich sofort anschließende Sitzungswoche hielt wieder zahlreiche und unterschiedliche Termine bereit. Schon am Montag folgte Thomas Mikoteit vom Jobcenter Essen meiner Einladung nach Berlin, um in der AG Arbeit und Soziales über seine Erfahrung im Bereich Arbeitsvermittlung von Jugendlichen zu berichten. Die Erfahrungen in Essen wurden von den Vertretern des Deutschen Städte- und Landkreistages bestätigt.

Mir war und ist es weiterhin wichtig, unserer Stadt Essen in Berlin eine Stimme zu geben und Gehör zu verschaffen.

Was in dieser Woche noch geschah, lesen Sie auf den folgenden Seiten.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre Abgeordnete für den Wahlkreis Essen II



Reformen und ihre Auswirkungen auf Essen

In dieser Woche setzte der Deutsche Bundestag die Ergebnisse der Bund-Länder-Gespräche aus dem vergangenen Jahr um.

So berieten wir u. a. die umfassende Gesetzesänderung zum Länder-Finanzausgleich.

Die Bundesregierung schlägt vor, dass sich der Bund zu einer zusätzlichen finanziellen Beteiligung bereit erklärt, die im Jahr 2020 rund 9,5 Milliarden Euro betragen wird. Alle Länder stellen sich dadurch besser und können die Schuldenbremse ab 2020 sicher einhalten.

Daneben sind Reformen vorgesehen, um bestimmte Aufgaben besser und effizienter zu erledigen. Dazu gehören eine beim Bund angesiedelte Infrastrukturgesellschaft Verkehr, ein zentrales Bürgerportal für öffentliche Online-Anwendungen und eine beschränkte Mitfinanzierung der Bildungsinfrastruktur finanzschwacher Kommunen.

Mit Umsetzung dieser Reformen besteht für Bund und Länder finanzielle Planungssicherheit für die Jahre ab 2020 bis mindestens 2030.

In Ergänzung dieser Vorhaben wurde ebenso das sog. Nachtragshaushaltsgesetz 2016 verabschiedet. Hierdurch erhalten finanzschwache Kommunen zusätzlich weitere 3,5 Milliarden Euro für Investitionen in die Bildungsinfrastruktur. Was so verklausuliert klingt, bedeutet im Ergebnis, dass für alle Kommunen bundesweit nun 7 Milliarden seitens des Bundes zur Verfügung gestellt werden. Allein für NRW sind das über 2 Milliarden Euro.

Hieraus sind Sanierungen von Schulen und Straßen möglich. Was die Rot-Grüne-Landesregierung allein nicht geschafft hat, übernimmt nun der Bund.

Gerade unsere Stadt Essen kann die Gelder zur Schulsanierung gut gebrauchen. Dass damit nur Schultoiletten saniert werden, ist für mich nicht ausreichend. Der Bund hat viel Geld in die Hand genommen. Das muss Essen nun schnellstmöglich verplanen und die Gelder abrufen. Mein Interesse liegt vor allem darin, dass besonders die Schulen im Essener Norden bei der Sanierung Priorität haben.

Rote Hände gegen Kindersoldaten

Ich habe mich am Mittwoch erneut am „Red Hand Day“, dem Aktionstag gegen den Missbrauch von Kindersoldaten, beteiligt.

Rote Hände sind das weltweite Symbol gegen den Einsatz von Kindern als Soldaten. Mein roter Handabdruck sagt auch in diesem Jahr wieder: Stopp dem Missbrauch und der Rekrutierung von Kindern und Jugendlichen. Kinder sollen spielen, nicht schießen. Gerade im Hinblick auf die

aktuelle Flüchtlingsdiskussion kann ich nur sagen: Flucht hat viele verschiedene Ursachen, der Missbrauch von Kindern als Soldaten ist eine davon.



Flurfunk



© Deutscher Bundestag / Achim Melde

Mit Abschluss der Bundesversammlung wurde der Plenarsaal wieder umfassen und umgebaut.

Für Besucher war am Montag der Reichstag für Führungen daher noch geschlossen. Ich selbst reiste noch am Montag Nachmittag kurz nach Essen zurück um der Einladung von Rot-Weiß-Essen zur Feier zum 110-jährigen Bestehen zu folgen. Das habe

ich sehr gern getan und freue mich schon auf die weitere positive Entwicklung.



Schließlich nahm ich am Freitag Nachmittag noch an einer Podiumsdiskussion der Friedrich-Ebert-Stiftung teil. Als Vertreterin der CDU/CSU diskutierte ich mit den Vertretern anderer Fraktionen über die arbeitsmarktpolitischen Herausforderungen für die kommende Legislaturperiode.



Juttas Wochen in Essen (Montag 30.01. bis Sonntag, 10.02.2017)

Zu Beginn der ersten sitzungsfreien Woche traf ich mich mit verschiedenen Apothekern aus meinem Wahlkreis, um mit ihnen die aktuellen Problematiken aus dem Versandhandel von Arzneimitteln zu besprechen. Ich glaube, dass eine persönliche Beratung wichtig ist und setzte mich daher für eine Einschränkung des Arzneimittelhandels für rezeptpflichtige Medikamente weiter ein.

Ein weiteres gesundheits- und zudem energiepolitisches Gespräch führte ich mit Dr. Pomp, einem langjährigen und engagierten Mitglied, der im Rahmen meiner Bürgersprechstunde zu mir kam.

Anschließend informierte ich mich bei dem Bauunternehmen Bilfinger in Essen über die Reaktion zum frisch verabschiedeten Gesetz zur Sozialkassenverfahrenssicherung, mit dem eine Sicherung

der Sozialkasse Soka-Bau einherging. Denn mir ist es wichtig immer zu wissen, ob und wie das, was in Berlin beschlossen wird auch tatsächlich an den Stellen ankommt, für die es gedacht war. Im Falle der Soka-Bau hat alles geklappt.



Noch in der selben Woche hatte ich alle interessierten Mitglieder zu einer Wahlkreis-Konferenz eingeladen. Bei toller Resonanz sprachen wir über das, was wir erreicht haben und vor allem über das, was wir noch erreichen wollen. Ich freue

mich schon heute, mit Hilfe Ihrer Unterstützung einen erfolgreichen Wahlkampf zu führen.



Kurz bevor es wieder nach Berlin ging veranstaltete ich ein Fachgespräch zur Gesundheitsversorgung durch Therapeuten. Knapp 90 Interessierte sind meiner Einladung in den Ruhrturm gefolgt. Wir sprachen über die aktuellen Änderungen im Rahmen der Heil- und Hilfsmittelversorgung und über dringend notwendige Änderungen im Ausbil-

dungsbereich. Die Sorgen und Änderungswünsche habe ich mit nach Berlin genommen und werde sie hier weiter zu Gehör bringen.

Zum Wochenabschluss lud ich schließlich noch 30 Bürgerinnen und Bürger zu einer Brauereibesichtigung bei „Stauder“ ein. Wohl versorgt - mit fester und vor allem flüssiger Nahrung - be-



sichtigten wir die Fertigungsräume der besten Brauerei im Ruhrgebiet.

Kontakt

Büro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. 030 227-72567
Fax 030 227-76569

Büro Essen

Blücherstraße 1
45141 Essen

Tel. 0201 80 67 38 68
Fax 0201 80 6738 70

www.JuttaEckenbach.de

www.facebook.com/JuttaEckenbachMdB

jutta.eckenbach@bundestag.de